EUROPA 05.01.2021 | Tom McTague

Warum das Brexit-Chaos sich gelohnt hat

Fast wäre der Brexit-Deal an wenigen Fischern gescheitert. Irrsinn? Nein, denn das Leben einer Nation besteht nicht nur aus reinem Wirtschaftskalkül.

Keine Frage – die letzten paar Wochen des Brexit-Dramas ergaben wenig Sinn, wie schon die Monate und Jahre davor. Wirtschaftlich betrachtet war der ganze Brexit von Anfang an nicht besonders sinnvoll.

In den letzten Tagen des vergangenen Jahres handelten Großbritannien und die Europäische Union unter Hochdruck eines der wichtigsten Handelsabkommen aller Zeiten aus. Mit der Neujahrs-Deadline vor Augen, nach der beide Seiten im Falle eines No-Deal-Brexit sich gegenseitig den Waren- und Dienstleistungsverkehr mit Zöllen und Restriktionen schwer gemacht hätten, fand man offenbar Kompromisslösungen für bis dahin lange Zeit strittige Probleme. Dazu gehörte zum Beispiel die Frage, wie man in Zukunft mit Streitigkeiten umgehen will und wie die unterschiedlichen Vorschriften und Regelwerke der beiden Wirtschaftsräume miteinander in Einklang gebracht werden sollen. Schließlich und endlich einigte man sich auf einen Deal.

Ein Knackpunkt blieb allerdings bis zum Schluss: der Fischfang. Um Haaresbreite wäre ein Handelsabkommen zwischen der fünfgrößten Volkswirtschaft der Erde und dem weltgrößten Freihandelsraum an der Streitfrage gescheitert, wessen Fischer wie lange und in welchen Mengen welche Fischarten in wessen Hoheitsgewässern fischen dürfen.

Dass der Brexit von Anfang an eine dumme Idee gewesen sei, bekamen wir von prominenten Wortführern immer wieder zu hören (wobei damit in der Regel gemeint war, dass der Brexit *für Großbritannien* eine dumme Idee sei), aber die Brexit-Verhandlungen schienen ganz besonders stupide. Viele Beobachter, die die Verhandlungen kritisch sahen, waren der Meinung, dass Premierminister Boris Johnson kurzlebige und überholte Souveränitätsvorstellungen über die Realitäten des Handels im 21. Jahrhundert stellte.

Wie sinnvoll war es, die uneingeschränkte regulatorische Kontrolle über die britische Wirtschaft zu fordern, wenn dies in der Konsequenz bedeutete, dass die EU als deren größter Absatzmarkt den Zugang zu ihren Hunderten von Millionen Abnehmern beschränken würde? Wie sinnvoll war es, die gesamte britische Wirtschaft nur wegen des Fischfangs in Gefahr zu bringen? Jedes Jahr exportiert Großbritannien Waren und Dienstleistungen im Wert von knapp 300 Milliarden Pfund in die EU – das sind mehr als 40 Prozent seiner gesamten Ausfuhren.

Wie sinnvoll war es, die gesamte britische Wirtschaft nur wegen des Fischfangs in Gefahr zu bringen?

Der Fischverkauf mit seinem Umsatzvolumen von knapp einer Milliarde Pfund macht gerade einmal ein Drittelprozent der Gesamtexporte aus. Mit anderen Worten: Großbritannien drohte damit, mehr als 99 Prozent seines Handelsverkehrs mit der EU zu erschweren und zu verteuern, nur um das restliche Drittelprozent zu verteidigen. Allen Ernstes?

Dass die britische Seite so lange brauchte, um den Denkfehler in dieser Logik zu erkennen, wurde allgemein als weiterer Beleg dafür gewertet, dass Großbritannien noch weiter in selbstzerstörerisches Kirchturmdenken, Nostalgie und kleinkarierten Nationalismus abdriftete – alles miteinander verschnürt zu einem hübschen Päckchen mit der Aufschrift „Populismus“.

Das Problem an dieser Sicht der Dinge: Sie beruht auf der Vorstellung, das Leben einer Nation sei so etwas wie die Kalkulationstabelle der gesamtwirtschaftlichen Gewinn- und Verlustrechnung und folglich etwas Emotionsloses und Rationales – und diese Art der Weltbetrachtung sei irgendwie etwas Positives. Aber lautete eines der Hauptargumente der Brexit-Befürworter nicht gerade, dass das Leben einer Nation eben mehr ist als das Bruttoinlandsprodukt?

Gerade deshalb warf der Brexit doch provokativ einige der großen Grundsatzfragen der Politik auf: Welche Anforderungen werden in der Welt von heute an eine Volkswirtschaft gestellt? Gibt es überhaupt noch Volkswirtschaften? Was macht heutzutage eine Nation aus? Welcher Gruppe sind wir eigentlich am meisten verpflichtet? Und zu welchen gemeinschaftlichen Opfern sind wir bereit, um die Gesundheit, das Glück und die Zufriedenheit dieser Gruppe zu sichern?

Diese Fragen haben nichts mit engstirnigem Nationalismus zu tun: Die EU zum Beispiel liefert seit dem Brexit-Referendum von 2016 den Beweis, dass es durchaus möglich ist, durch eine erweiterte Union nationalstaatliche Interessen zu verfolgen. Zugleich besteht für viele

Schotten die Herausforderung des Brexit darin, dass sie sich in erster Linie Schottland und nicht dem Vereinigten Königreich als Ganzem verbunden fühlen und das Gefühl haben, ihre Interessen wären durch ein unabhängiges Schottland, das der EU angehört, besser geschützt. Für London wirft all das die bange Frage auf, wie die EU es geschafft hat, in den vergangenen Verhandlungsjahren in stärkerem Maße wie *ein* Land zu agieren als Großbritannien (das tatsächlich *ein* Land ist). Was sagt das über die Lebenskraft der britischen Nation aus?

Gerade deshalb warf der Brexit provokativ einige der großen Grundsatzfragen der Politik auf.

Der Brexit offenbart Großbritanniens fundamentale Schwachpunkte. Er legt offen, wie fragil die Einheit des Landes ist und wie groß die Ungleichgewichte in seiner Wirtschaft sind. Er macht sichtbar, dass seine politische Klasse versagt hat und der gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Zusammenhalt zwischen seinen Fischerorten und den urbanen Zentren, zwischen „Brexitland“ und „Remainia“ zerfasert.

All das soll nicht heißen, dass übergeordnete wirtschaftliche Erwägungen unwichtig wären. Das sind sie natürlich nicht. Wenn der Brexit für Großbritannien auf lange Sicht funktionieren soll, gibt es nur eine einzige Möglichkeit: Das Land muss irgendwie die Rahmenbedingungen für hochprofitable Wirtschaftszweige verbessern, in denen es einen Wettbewerbsvorteil hat oder haben könnte – Bankwesen, Finanzindustrie, Wissenschaft, Technologie, Maschinenbau, Design usw. Der Fischfang gehört nicht zu diesen Wirtschaftszweigen. Mit Fisch wird Großbritannien nicht reich.

Andererseits war der Brexit im Grunde eine Absage an den wirtschaftlichen Status quo, von dem nach Meinung vieler Briten die urbanen Zentren des Landes auf Kosten der eher ländlichen Regionen profitierten. Und das ist nicht aus der Luft gegriffen, denn Großbritannien ist in der Tat die Volkswirtschaft mit den größten Ungleichheiten in Europa: hier ein hochgezüchtetes globales Drehkreuz als Hauptstadt, und nur drei Autostunden von dieser Hauptstadt entfernt Gegenden, die so arm sind wie einige der am wenigsten entwickelten Teile des Kontinents.

Der Brexit war nicht nur ein Votum der „Abgehängten“ – auch weite Teile der wohlhabenden Vororteliten stimmten für den EU-Austritt. Er war eine Absage an den grundsätzlichen Kurs, den das Land eingeschlagen hatte. Im Brexit-Votum artikulierte sich der Wunsch, die empfundenen nationalen Interessen über die europäischen

Gesamtinteressen zu stellen, die allzu viele Briten nicht als ihre eigenen empfanden. Ist das gänzlich unvernünftig?

Wie der Historiker Ed West anmerkte, ist Nostalgie meist eine Anklage – ein Vorwurf, den es zu entkräften gilt. Doch ist es unsinnig, von der Regierung des eigenen Landes Schutz zu verlangen, auch wenn dies auf Kosten der Gesamtwirtschaft geht? Ist das nicht genau das, was eine Nation tut?

Mit Fisch wird Großbritannien nicht reich.

Aus den genannten Gründen sollten diejenigen, die in den letzten Monaten die Haltung der britischen Regierung kritisiert haben, einen Moment innehalten. Mag sein, dass die Fischerei nur einen winzigen Bruchteil der britischen Wirtschaft ausmacht. Aber hat sie deswegen keinen Schutzanspruch, auch wenn man dafür eine Menge Aufregung und Zeitverlust in Kauf nehmen und vielleicht sogar Abstriche bei der Freiheit anderer Wirtschaftszweige machen muss? Sollte man nicht versuchen, ihr in bescheidenem Maß neues Leben einzuhauchen? Sind Nationen nicht mehr als eine Sache der kalten Vernunft? Was sind Nationen anderes als imaginierte Gemeinschaften, die auf dem Bewusstsein einer gemeinsamen Vergangenheit basieren?

Haben nicht viele deswegen für den Brexit gestimmt, weil sie den Eindruck hatten, dass Großbritanniens reiche urbane Zentren sich nicht mehr um die weniger wichtigen Regionen und Wirtschaftszweige scherten? Nach Meinung von Professor Anand Menon, dem Chef des Thinktanks *U.K. in a Changing Europe*, war bis zum Brexit-Referendum der Vorwurf, etliche nationale Regierungen in London hätten wenig gegen die Misere der armen Küstenstädte und Fischerorte unternommen, schwer von der Hand zu weisen. Das war nach Menons Überzeugung auch der Grund, warum die Tatsache, dass die Regierung Johnson die Repatriierung der Fangrechte in den Mittelpunkt rückte, so große Symbolkraft entwickelte: Diese Fokussierung auf die Fangrechte stand stellvertretend für das Engagement für „abgehängte“ Städte und Wirtschaftszweige.

Bringt Johnsons Brexit-Handelsabkommen denn nun die Lösung für die Probleme der kleinen Küstenstädte? Großbritannien gewinnt eine gewisse Kontrolle über die eigenen Fischgründe zurück, wobei dies nur schrittweise geschieht und eine Menge europäischer Fischfang weiterhin

erlaubt bleibt. Aber wird das Abkommen den britischen Fischern wieder einen reichen Heringssegen und damit den dezenten saisonalen Wohlstand früherer Zeiten bescheren? Wird das Leben wieder seinen berechenbaren nationalen Gang gehen, und werden die Bande zwischen Stadt und Land neu geknüpft? Die Antwort lautet: Nein.

Genau betrachtet, war die britische Fischereiwirtschaft schon immer auf Handel und Zusammenarbeit mit dem Kontinent angewiesen. Zum ersten Mal geriet sie in Schwierigkeiten, als sie im frühen 20. Jahrhundert durch die Russische Revolution von ihren osteuropäischen Märkten abgeschnitten wurde. Später brach die Branche infolge der Überfischung zusammen. Vor allem aber hat die Welt sich seit dem Siegeszug der Städte gewandelt.

Es spricht nichts dagegen, sich auf einen verlorengegangenen Wirtschaftszweig zu besinnen und von der eigenen nationalen Regierung mehr Fürsorge, Interesse und Schutz zu fordern – und sogar auf eine gewisse Wiederauferstehung zu hoffen. Doch die Welt der fröhlichen Fischersleut, die zu Tausenden mit ihren kleinen Kuttern in See stechen, ist Vergangenheit. Nicht die EU, sondern der technologische Wandel hat dieser Welt den Garaus gemacht. Man nehme als Beispiel Norwegen: Das Land ist nicht in der EU und hat die uneingeschränkte Kontrolle über seine Hoheitsgewässer, und trotzdem ist die Zahl der norwegischen Fischer von 90 000 bei Ende des Zweiten Weltkriegs auf heute 9 000 zurückgegangen.

Das Leben einer Nation muss mehr sein als bloße Berechnungen des Bruttoinlandprodukts.

Die britische Fischfangindustrie beschäftigt gerade noch ein Viertel so viele Menschen wie vor dem Zweiten Weltkrieg, aber das Gros der Arbeitsplätze ging schon vor dem EU-Beitritt Großbritanniens verloren. Der Grund für den Niedergang der Fischerei waren modernere Technologien und Schiffe, die dafür sorgten, dass für den Fischfang weniger Personal gebraucht wurde. Seinerzeit wurde im britischen Unterhaus heftig darüber gestritten, was die Minister dagegen unternehmen sollten. Die Parlamentarier verlangten Antworten von der Regierung: Fingen die Dänen und die Deutschen zu viele nicht geschlechtsreife Jungfische weg, bevor die überhaupt eine Chance hatten, bis zu Englands Ostküste zu gelangen? Oder war der Fischschwund auf neue Kutter und die allgemeine Überfischung zurückzuführen?

Nichts von alldem sagt per se etwas darüber aus, ob der Brexit richtig oder falsch ist. Dass die britische Fischerei mit anderen nationalen Fischfangindustrien verflochten ist, heißt nicht, dass sie und die über lange Zeit auf Fischerei angewiesenen Küstengemeinden die Regierung nicht um Schutz ersuchen dürfen oder dass ein besseres Abkommen mit der EU nicht einen wirklichen Unterschied machen würde. Gegenwärtig werden rund 60 Prozent der Fische in britischen Gewässern von Schiffen aus EU-Ländern gefangen. Zum Vergleich: In norwegischen Gewässern landen 90 Prozent aller Fische auf Schiffen der einheimischen Flotte.

Die (aus britischer Sicht) bessere Balance, die die jetzt getroffene Vereinbarung mit sich bringt, wird einigen britischen Fischerorten zugutekommen und dafür sorgen, dass sie mehr von dem behalten und verkaufen dürfen, was sie auch jetzt schon fangen, aber wegwerfen müssen, um die strengen EU-Vorschriften einzuhalten. Einzelstaatliche Schutzmaßnahmen dieser Art gibt es auch in anderen Branchen. Dafür genügt ein Blick auf die Rüstungsindustrie jedes beliebigen Landes: Wie lange würde die wohl ohne Unterstützung durch Steuergelder überleben?

Politik ist – ebenso wie der europäische Fischfang – eine komplizierte Angelegenheit. Doch einer Lektion, die der Brexit uns erteilt, schenken wir vielleicht noch nicht die gebotene Aufmerksamkeit: der Erkenntnis nämlich, dass das Leben einer Nation mehr sein muss als bloße Berechnungen des Bruttoinlandprodukts. Die Zugehörigkeit zu einem größeren Ganzen – ob Nation oder Staatenbund – bedeutet, dass man sich um die Menschen und Gemeinwesen kümmert, aus denen dieses Ganze besteht. Das bringen sowohl der Fischfang als auch der Brexit uns in Erinnerung – ganz egal, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist oder nicht.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

© *The Atlantic*



Tom McTague
London
Tom McTague ist angestellter Autor von *The Atlantic* und Co-Autor von

Betting the House: The Inside Story of the 2017 Election. Zuvor schrieb er für verschiedene Medien, u.a. für *Politico*, *Independent on Sunday* sowie den *Daily Mirror*.